

EU-Finanzminister

Euro-Reform mit viel Sprengstoff

Um den Euro zu stärken, sollen Staaten künftig nicht allein über Pensionen oder Lohnerhöhungen entscheiden können.

VON BERNHARD GAUL BRÜSSEL

Es ist eine gewaltige Reform, die von den EU-Finanzminister in den kommenden sieben Wochen ausverhandelt werden muss. Der Euro soll dauerhaft stabilisiert werden, um Spekulant das Interesse zu nehmen, und die Euro-Staaten zu immerwährender Budgetdisziplin gezwungen werden. Am Montag fiel der Startschuss für die Verhandlungen, die Positionen der Staaten sind meilenweit auseinander.

Schon am Morgen hatten sich die Finanzminister der EU-Volksparteien in Brüssel zusammengesetzt, um ihr Vorgehen einigermassen zu koordinieren. Wortführer ist an vorderster Front



Rätseln über die Euro-Krise: Die Finanzminister von Deutschland (Wolfgang Schäuble), Luxemburg (Jean-Claude Juncker) und Österreich (Josef Pröll) suchen nach einer Lösung

Deutschlands. Wolfgang Schäuble, der viel Druck von Kanzlerin Merkel bekommt. Im deutschen Superwahljahr sehen die Wähler nicht gerne, wenn ihr Steuergeld

weiter zur Sanierung von Staaten wie Irland oder Griechenland verwendet wird. Ein deutliches Signal aus Brüssel, dass Budgetständer hart bestraft werden, käme Merkel sehr gelegen.



Amtszeit läuft aus: EZB-Direktorin Gertrude Tumpel-Gugerell

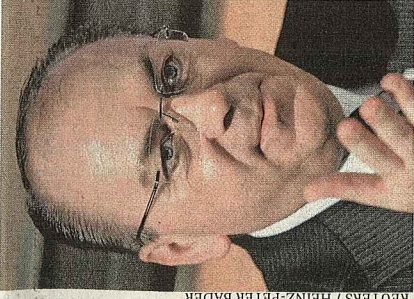
► Nachfolger-Suche

Josef Ackermann gehandelt, dessen Amtszeit 2012 ausläuft.

In der EZB ist für Trichet Ende Oktober Schluss. Italiens Notenbankgouverneur Mario Draghi und sein finnischer Amtskollege Erkki Liikanen werden nun die besten Chancen gegeben. Die deutsche Bundesregierung machte am Montag klar, nicht auf einem Deutschen an der EZB-Spitze zu bestehen.

Noch früher nachbesetzt werden muss die Österreicherin Gertrude Tumpel-Gugerell. Die EZB-Direktorin scheidet turnusmäßig im Mai aus. Ihr Nachfolger wurde am Montag von den Euro-Finanzministern festgelegt: Es ist der Belgier Peter Braet. Dem EZB-Direktorium wird damit künftig keine Frau angehören. Praet ist Direktor der bel-

gischen Notenbank und gilt als Experte in Sachen Finanzaufsicht und -stabilität. — R. Kleedorfer



Aus dem Rennen um EZB-Präsidentschaft: Axel Weber

EZB-Führung wird Männerriege

Offiziell steht die Debatte über die Nachfolge von EZB-Präsident Jean-Claude Trichet nicht auf der Agenda der Finanzminister. Aber natürlich ist die Entscheidung von Axel Weber, Chef der Deutschen Bundesbank, auf eine Kandidatur zu verzichten, in Brüssel in aller Munde. Weber galt lange Zeit als Favorit, ehe er den Ankauf von Staatsanleihen aus Euro-Krisenländern durch die EZB öffentlich heftig kritisierte. „Die Positionen mögen für die Akzeptanz meiner Person bei einigen Regierungen nicht immer förderlich gewesen sein“, sagte er in einem Spiegel-Interview. Seither sei seine Überzeugung gereift, das Amt nicht mehr anzustreben. Auch als Bundesbank-Chef tritt Weber Ende April zurück.

Weber wird nun als aussichtsreichster externer Kandidat für die Nachfolge von Deutsche-Bank-Chef

Umsritten Schäuble schlägt deshalb gemeinsam mit Frankreichs Finanzministerin Christine Lagarde den Kollegen einen Deal vor: Der Euro-Schutzschirm wird nur erweitert, wenn es klare Regeln für Budgetdefizit-Sünder und breite Zugeständnisse für eine Koordinierung der Wettbewerbspolitik auf EU-Ebene gibt. Das soll die Pensionsregelung genauso betreffen wie eine Verbot der Indexierung von Lohnerhöhungen. Etwa in Belgien oder Spanien werden derzeit die Löhne jährlich zumindest um die Inflationsrate erhöht. Vorstellbar ist die Reform aber bis hin zu einer Vereinheitlichung der Unternehmenssteuern.

Jeder der genannten Punkte ist umstritten. Dazu kommt, dass die neuen Regeln ohne EU-Kommission nur durch zwischenstaatliche Übereinkommen bestehen sollen, was vor allem das EU-Parlament erzürnt.

Widerstand Erste Gegenwehr kommt von Josef Pröll, Österreicher Finanzminister, dem Luxemburger Jean-Claude Juncker, und den Amtskollegen aus Italien und Belgien. Sie können sich einen Eingriff in die Lohnerhöhungen nicht vorstellen. Kleinlaut blieben bisher die Finanzminister der angeschlagenen Euro-Länder. In Spanien, Portugal, Irland und Griechenland wird erst einmal geprüft, was Chancen auf Umsetzung hat.

Nur Irland hat sich wiederholt gegen ein Angleichen der Unternehmenssteuern ausgesprochen. Würde der niedrige irische Steuersatz (12,5 Prozent)

angehoben, so wird auf der grünen Insel ein Abwärtrend der Betriebe befürchtet.

Einig wurden sich die Finanzminister nur über die Aufstockung des Euro-Ret-

tungsfonds ab 2013 (wenn der jetzige ausläuft). Die Euro-Staaten werden Haftungsgrenzen in Höhe von 500 Milliarden bereitstellen, damit wird dieckung bei diesem Treffen gar kein Thema sei.

INVESTMENTSERVICE

**DER STOFF, AUS DEM
DIE SPARTRÄUME SIND:**

**AKTION
VERLÄNGERT
BIS 28.2.
2011!**

**BIS ZU 1,5%
ZINSEN TÄGLICH
VERFÜGBAR!**

Tag für Tag mehr rausholen.
Zum Beispiel täglich verfügbares Geld mit 1,5% Zinsen ab einer Einlage von € 50.000,-*.

In jeder BAWAG- und Postfiliale.

www.aktionszinsen.at



* Aktionsprodukte „TopCard 2011/11“ und „PSCard 2011/11“ im Angebot verlängert bis 28.2.2011. Das Guthaben ist täglich fällig, ohne Indikatorbindung variabel verzinst und hat einen mit zunehmendem Einlagenstand steigenden Zinssatz. Der Zinssatz von 1,5% gilt bis 1.5.2011 ab einem Guthabensstand von € 50.000,-. Am 2.5.2011 werden die Zinsen der „TopCard 2011/11“ und „PSCard 2011/11“ an die zu diesem Zeitpunkt gültigen Zinsen der „TopCard“ bzw. „PSCard“ angepasst. Alle anderen geltenden Zinssätze erfahren Sie bei Ihrem Berater. Stand 1.2.2011 / Änderungen vorbehalten